

# N i e d e r s c h r i f t

über die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss in seiner 6. Wahlperiode am  
16.02.2000  
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

## Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (entschuldigt fehlend) Vertreter Senft, Harald	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald (entschuldigt fehlend) Vertreter Belger, Martin	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne
Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Warden, Marion	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Trost, Uwe	
Mittmann, Georg	
Bosbach, Hans	
Frömmer, Martin	
Holtermann, Werner	
Lehmann, Rüdiger	
Peters, Kurt	

Thomanek, Georg

Hohmeier, Michael

Düllmann, Guido

Boldt, Günther    Schriftführer

Beginn der Sitzung    18:00 Uhr

Ende der Sitzung    20:48 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 15.12.1999
- Ö 3. 2000/0330 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - öffentliche Sitzung vom 15.12.1999
- Ö 4. 2000/0294 Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 13.10.1999
- Ö 5. 2000/0310 Ausbau Stichweg Heideweg
- Ö 6. 2000/0305 Änderung Grünflächenpflegekonzept
- Ö 7. 2000/0320 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW Klageerhebung gegen die Bescheide der Bezirksregierung Düsseldorf auf Landeserstattung nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für Asylbewerber im 1. Quartal 1999
- Ö 8. 2000/0273 Sachstand Personalentwicklung
- Ö 9. 2000/0329 Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten
- Ö 10. Mündliche Anfragen
- Ö 11. Mündliche Mitteilungen

## **Nichtöffentliche Sitzung**

- |        |           |   |
|--------|-----------|---|
| NÖ 12. |           | Feststellung der Beschlussfähigkeit   |
| NÖ 13. |           | Kenntnisnahme der Niederschrift vom 15.12.1999  |
| NÖ 14. | 2000/0331 | Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - nichtöffentliche Sitzung vom 15.12.1999                         |
| NÖ 15. | 2000/0292 | Teil-Erlass von Gewerbesteuerforderungen aus 1990 – 1992  |
| NÖ 16. | 2000/0334 | Beförderung des Städtischen Verwaltungsdirektors Max Herrmann zum Leitenden Verwaltungsdirektor               |
| NÖ 17. | 2000/0317 | Zahlung einer Abfindung an Herrn Herbert Boes, Angestellter im Fachbereich 1, Besondere Bürgerangelegenheiten |
| NÖ 18. | 2000/0336 | Eingruppierung des Personalratsvorsitzenden Udo Fischer in Vergütungsgruppe II BAT                            |
| NÖ 19. | 2000/0312 | Verkauf an Frau Schneider im Gewerbegebiet Daimlerstraße  |
| NÖ 20. | 2000/0322 | Verkauf an die Pietrzik GbR im Gewerbegebiet Daimlerstraße  |
| NÖ 21. | 2000/0313 | Verkauf an die Schukat electronic GmbH im Gewerbegebiet Daimlerstraße   |
| NÖ 22. | 2000/0321 | Verkauf von Flächen im Monheimer Rheinbogen an die Bayer AG   |
| NÖ 23. |           | Mündliche Anfragen  |
| NÖ 24. |           | Mündliche Mitteilungen  |

### **Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

### **Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 15.12.1999**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

**Ö 3. 2000/0330 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - öffentliche Sitzung vom 15.12.1999**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Ö 4. 2000/0294 Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 13.10.1999**

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:**

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 13.10.1999 wird beschlossen.

Die beiliegende Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 5. 2000/0310 Ausbau Stichweg Heideweg**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion teilt mit, dass man dem Beschluss so zustimmen werde. Sie regt an, zu prüfen, ob bei dieser Gelegenheit ein Fußweg zur Kämpe gebaut werden kann, so dass vom Heideweg eine Möglichkeit für Spaziergänger besteht, in die Kämpe zu gelangen. Das würde sich in diesem Zusammenhang anbieten.

Die Prüfung wird von der Verwaltung zugesagt.

**Der Ausschuss empfiehlt dem Rat**

1. Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 100.000 DM für das Haushaltsjahr 2000 zum Ausbau des Stichweges Heideweg wird zugestimmt.
2. Zur Deckung der bereit gestellten Mittel werden die Haushaltsstellen 6140.3400.00 – Mehrwertausgleiche – und 6300.3500.00 – Erschließungsbeiträge – herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 6. 2000/0305 Änderung Grünflächenpflegekonzept**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass das Konzept in dieser geänderten Form viele Fragen aufwerfe. Man halte daher eine Änderung des Grünflächenpflegekonzeptes zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll und nicht für erforderlich. Man erwarte, dass die Maßnahmen aus dem bestehenden Konzept zunächst einmal erfüllt werden und ein Erfahrungsbericht vorgelegt wird. Beantragt werde weiter bezüglich der Erstellung eines Grünflächenkatasters auf der Grundlage von Luftbildauswertungen, dass die Verwaltung nach Abschluss der vorgesehenen Prüfung eine Vorlage erstellt, aus der die Bedingungen und Kosten hervorgehen. Der heutigen Vorlage könne man nicht zustimmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, dass man dem Grünflächenpflegekonzept zustimmen werde. Zu einzelnen Punkten bemerkt er u.a., dass eine Reduzierung des Mähens des Zierrasens von 25 mal pro Jahr auf 11 mal durchaus akzeptabel sei. Im Grunde genommen halte man das,

was hier vorgeschlagen werde, so insbesondere die Erstellung des Grünflächenkatasters und eine Reduzierung der Schnitthäufigkeit des Zierrasens, für sinnvolle Maßnahmen.

Vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird erwähnt, der Ergänzung des bestehenden Grünpflegekonzeptes ebenfalls zuzustimmen. Er würde ausdrücklich begrüßen, dass es in der Stadt zukünftig etwas unordentlicher aussehen werde, da dies den Vorstellungen der Grünen entgegenkomme. Die in dem Beschlussvorschlag genannten sechs Punkte seien alle unter dem Oberbegriff „Extensivierung der Pflege“ zusammengefasst. Das sei richtig so und täte auch dem Stadthaushalt gut. Es gäbe nach seiner Meinung aber auch Punkte, wo eine „Intensivierung“ der Pflege notwendig sei, so insbesondere an Rad- und Fußwegen, wo es an etlichen Stellen aus Gründen der Verkehrssicherheit angebracht sei, die Schnittfrequenz zu erhöhen. Darüber sollte nachgedacht werden. Den aufgezeigten Punkten würde man ansonsten zustimmen und die Erfahrungen abwarten.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion widerspricht den Äußerungen des Vorsitzenden der Grünen, es werde dann künftig etwas weniger ordentlich aussehen. Durch die Reduzierung der Häufigkeit der Rasenschnitte werde es nicht unordentlicher aussehen, sondern man schaffe Freiräume, damit vom Bauhof gerade dort, wo es notwendig ist und die Bürger am ehesten betroffen sind, endlich gesäubert werden kann, so z.B. an eingeeengten Gehwegen, wo man mit Kinderwagen oder Fahrrädern teilweise nicht mehr durchkomme, weil alles zugewachsen ist. Die frei werdenden Kapazitäten sollten dafür aufgewendet werden, um dieses verkehrssichernde Straßenbegleitgrün in Griff zu bekommen. Er schlage daher vor, den Beschlussvorschlag um den Spiegelstrich, frei werdende Personalkapazitäten verstärkt für Pflegeschnitte zur Verkehrssicherung und zur Behebung punktueller Verschmutzungen einzusetzen, zu ergänzen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion fügt hinzu, dass es in der Stadt doch eine Reihe von Schmutzdeckeln gebe. Darauf sollte man besonderes Augenmerk richten. Unabhängig vom Grünflächenpflegekonzept rege er an, anlässlich der 850-Jahr-Feier an bestimmten Punkten die Pflanzkübel und Beete in der Stadt ganz gezielt attraktiver zu gestalten und ggfls. auch dem einen oder anderen Gartenbaubetrieb die Gelegenheit zu geben, in Form einer Patenschaft Beete und Pflanzkübel in einen besonders netten Zustand zu versetzen. Desweiteren rege er an, auch einmal die Möglichkeit anderer Bepflanzungsarten als Bodendecker zu prüfen.

Der Bürgermeister erwidert dazu, man überlege natürlich ständig, wo man unter Kostengesichtspunkten neue Wege beschreiten könne. Zum einen sei dies das Straßenbegleitgrün. Hier sei zu fragen, ob es etwas anderes gebe, was vom Betriebshof leichter zu pflegen sei. Zu nennen sei dazu ein Produkt einer Hitdorfer Firma, was derzeit geprüft werde. Es könnte eine Alternative sein, dieses Produkt versuchsweise einzuführen. Verhelfen könnte es ggfls. dazu, ein ansehnlicheres und pflegeleichtes Straßenbegleitgrün zu bekommen. Der andere Punkt sei der der bereits angesprochenen Patenschaften zur 850-Jahr-Feier. In der Tat hätten sich einige Gartenbauunternehmer bereit erklärt, Patenschaften zu verschiedenen Verkehrsinseln oder öffentlichen Flächen zu übernehmen. Es gebe Gartenbauunternehmen, die diese Flächen dann einjährig betreuen wollen bzw. die wertvollere Pflanzen setzen, die dort dann stehen bleiben. Insgesamt scheine der Weg, Patenschaften zu vergeben für grüne Kübel oder dergleichen mehr, auch an Leute, die dies im Rahmen der Nachbarschaftstätigkeit machen wollen, eine gute Idee zu sein, um den Bürger stärker einzubinden. Dies werde z.Zt. geprüft.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, dass man ausdrücklich unterstütze, wenn frei werdende Kapazitäten anderweitig eingesetzt werden. Man habe aber hier die Sorge, dass Kapazitäten abgebaut werden sollen. Die Sachdarstellung bezüglich der Mindestanforderungen zur Pflege des Stadtgrüns passe nicht unbedingt zum Beschlussvorschlag. Ein Sprecher der SPD-Fraktion fügt hinzu, dass hier die Änderung eines Konzeptes vorgelegt werde, ohne dass die vorherigen Prüfungsaufträge abgearbeitet worden sind. Man habe es hier mit hektischen Schritten zu tun und befürchte, dass solche Änderungskonzepte ohne gründliche Prüfung dazu führen, Irrtümer von morgen zu begehen. Darum könne man diesem Konzept nicht zustimmen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Anlass zu dieser Konzeptänderung das Gemeindeprüfungsamt sei. Es sei ihm selbst auch sehr stark daran gelegen, dass dort, wo

Verkehrssicherungsfragen anstehen, diese auch geklärt und die „Schmuddelecken“ in der Stadt beseitigt werden. Er meine, dass vernünftige Vorschläge gemacht worden seien, die der Stadt helfen, kostensparend und personalschonend zu arbeiten, um Ressourcen an anderer Stelle freizumachen. Das habe nichts mit hektischen Schritten zu tun, sondern sei einfach eine Reaktion auf das, was das Gemeindeprüfungsamt im Prüfungsbericht mitgeteilt habe.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P äußert, der Erweiterung des Beschlussvorschlages, so wie vom Sprecher der CDU-Fraktion vorgetragen, als weiteren Spiegelstrich zuzustimmen. Im übrigen sehe sie ebenfalls nicht, dass hier hektische Schritte unternommen werden. Sie habe im Gegenteil den Eindruck, dass es endlich mal Mut zu Veränderungen und Mut zu Kosteneinsparungen gebe.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, als 7. Spiegelstrich im Beschlussvorschlag folgenden Text aufzunehmen: „Frei werdende Personalressourcen sollen verstärkt für Pflegeschnitte zur Verkehrssicherung und zur Behebung punktueller Verschmutzungen eingesetzt werden“.

### **Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:**

Das Grünflächenpflegekonzept und seine Durchführung wird in folgenden Punkten entsprechend den Vorschlägen des Gemeindeprüfungsamtes ergänzt und versuchsweise geändert:

- Zur Umsetzung des Grünflächenpflege-Konzeptes wird die Erstellung eines Grünflächenkatasters auf der Grundlage von Luftbilddauswertungen geprüft.
- Die Schnitthäufigkeit der Zierrasenflächen wird von 25 auf 13 reduziert.
- Extensivrasen wird nur noch 6- statt 10-mal geschnitten.
- Die Schnittfrequenz des Sportrasens wird nicht geändert. Im Rahmen des Sportstättenkonzeptes wird geprüft, ob die Pflege der Sportrasenflächen den Vereinen zu übertragen ist.
- Unter Berücksichtigung des zu erstellenden Grünordnungsplanes wird Zier- und Gebrauchsrasen in Extensivrasen oder Wiesen umgewandelt.
- Die Platanen auf der Krischer- und Niederstraße werden nicht mehr jährlich, sondern zweijährig mit der Säge geschnitten.
- Frei werdende Personalressourcen sollen verstärkt für Pflegeschnitte zur Verkehrssicherung und zur Behebung punktueller Verschmutzungen eingesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis:** dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, MBM/F.D.P)  
dagegen 5 Stimmen (SPD)

### **Ö 7. 2000/0320 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW Klageerhebung gegen die Bescheide der Bezirksregierung Düsseldorf auf Landeserstattung nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für Asylbewerber im 1. Quartal 1999**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion fragt,

1. ob die Organisationsmängel, die es im Jahr 1999 noch gegeben habe und die zu diesem Fehler geführt hätten, inzwischen beseitigt sind, wovon man eigentlich ausgehe,
2. ob bei Beschreiten des Klageweges gewährleistet sei, dass im Falle des Obsiegens der Stadt, wovon man ebenfalls ausgehe, für den Zahlungsverzug entsprechende Zinsen fällig werden, die der Stadt erstattet werden, und

3. ob die im Bereich UVG gemäß Aussage im Rechnungsprüfungsausschuss festgestellten eklatanten Mängel auch allgemein in Personalakten ihren Niederschlag finden.

Der Bürgermeister erwidert, Ursache dieses Organisationsmangels und dieses nicht zu bestreitenden Organisationsverschuldens, durch das diese Fristversäumnis verursacht worden ist, liegt darin, dass zum einen die Fachbereiche 1 und 2 in ihren Strukturen durch Verlagerung von Aufgaben des Fachbereiches 2 in den Fachbereich 1 verändert worden sind und dass zum anderen Mitarbeiter unvorhergesehen erkranken, wie das schon mal vorkommt. Aber solche Organisationsfehler dürfen nicht passieren und sind durch nichts entschuldbar, wenn derart wichtige Fristen versäumt werden. Er habe kurzfristig angeordnet, dass das Rechnungsprüfungsamt eine kleine dezidierte Organisationsuntersuchung durchführt und aufzeigt, wie man Schutzmechanismen entwickelt, die diese Mängel in Zukunft heilen oder reparieren. Solange diese Untersuchung nicht abgeschlossen ist, habe er mit dem betroffenen Fachbereich abgesprochen, dass dieser Fristenbereich künftig auf Fachbereichsleitererebene nachgehalten wird. Das sei auch gewährleistet. Man werde für ein vernünftiges Schutzinstrument sorgen, um derartige Dinge künftig in Griff zu bekommen. Zu der rechtlichen Seite sei zu erwähnen, er sei recht zuversichtlich, dass die Stadt den Prozess gewinnen könne. Verzugszinsen seien nach der ZPO zu erstatten. Die Stadt habe daher bei einem Obsiegen den Rechtsanspruch darauf, auch die Zinsen zu bekommen. Zu der Frage „Personalakten“ sei zu sagen, disziplinarische Dinge würde er – wenn überhaupt – in nichtöffentlichen Sitzungen diskutieren. Unmittelbare Auswirkungen würde er daher aufgrund der Frage im nichtöffentlichen Teil ansprechen.

#### **Der Ausschuss beschließt:**

Die am 19.01.2000 von Herrn Bürgermeister Thomas Dünchheim und Rats Herrn Artur Jelinek getroffene dringliche Entscheidung bzgl. der Klageerhebung gegen die Bescheide der Bezirksregierung Düsseldorf vom 25.05.1999 und 14.06.1999 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 20.12.1999 wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Ö 8. 2000/0273 Sachstand Personalentwicklung**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Broschüren entwickelt hätten, ein Lob aus. Es zeige, dass man sich hier sehr engagiert habe. Es scheine eine gute Angelegenheit zu sein. Die Broschüren sollten weiter bundesweit vertrieben werden.

Die Fraktionen schließen sich dieser positiven Beurteilung an.

#### **Der Ausschuss beschließt:**

Der Sachstandsbericht über die Maßnahmen der Personalentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

### **Ö 9. 2000/0329 Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten**

Der Bürgermeister bemerkt, dass sich nach der Sachdarstellung die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten bedauerlicherweise von 28 auf 23 reduziert habe.



Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, man würde vorschlagen und wünschen, dass gerade in dem Punkt über das übliche Maß hinaus akquiriert und der Versuch unternommen werde, für Arbeitsplätze auch wirklich Schwerbehinderte zu finden. Diese Überlegungen sollten ganz gezielt eingebracht werden.

Auf die Frage der Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P, wie sinnvoll die Aufträge an die Werkstatt für Behinderte sind, entgegnet die Verwaltung, dass vor einigen Jahren noch eine ganze Reihe von Aufträgen an die Behindertenwerkstätten erteilt worden seien. Konkret würden dort insbesondere Reinigungsmaterialien beschafft. Diese Auftragserteilungen habe man auch aus Kostengründen nicht mehr durchgeführt, weil man festgestellt habe, dass durch die Koordination im Reinigungsdienst es Bestände in den einzelnen Reinigungsobjekten gab, die für mehrere Jahrzehnte ausgereicht hätten. Daher habe sich die Stadt von der Auftragserteilung an Behindertenwerkstätten vor Jahren zurückgezogen. Man werde aber sicherlich in diesem Jahr wieder Aufträge erteilen, die auch sinnvoll und erforderlich sind.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bemerkt, dass viele körperliche Beeinträchtigungen nach der Verschärfung der Anhaltspunkte für eine Schwerbehinderteneigenschaft heute nicht mehr zu einem Grad der Behinderung von 50% führen. Erbitte daher um die Beantwortung folgender Zusatzfragen:

1. Werden in der Stadtverwaltung auch Mitarbeiter mit Einsatzeinschränkung, aber keinem Grad der Behinderung von 50% beschäftigt?
2. Wurden zur Beschäftigungsförderung Mittel bei der Hauptfürsorgestelle beantragt, um Arbeitsstellen umzugestalten und Schwerbehinderte dort einsetzen zu können?
3. Sind außer Schwerbehinderte auch Gleichgestellte in der Verwaltung beschäftigt?
4. Gibt es darüberhinaus für Schwerstbehinderte auch Mehrfachanrechnungen?
5. Wie schlüsseln sich die anerkannten Schwerbehinderten auf in Männer und Frauen?
6. Gibt es eine Schwerbehindertenvertretung, die den Kontakt zum Arbeitsamt und anderen Stellen hält, um Schwerbehinderten in Monheim am Rhein eine Chance zu geben?

Die Verwaltung teilt mit, dass die ersten 5 Fragen jetzt nicht beantwortet werden können. Zu der letzten Frage könne positiv gesagt werden, dass die Stadt 2 Schwerbehindertenvertreter habe. Die übrigen Fragen bitte man zu Protokoll zu geben. Sie würden dann schriftlich zügig beantwortet. Anzumerken sei, dass dann, wenn der Wunsch bestehe, Schwerbehinderten einen Arbeitsplatz zu ermöglichen, dieser Wunsch auch im Zusammenhang mit freien Stellen und mit der bestehenden Wiederbesetzungssperre zu sehen sei. Wenn von der Wiederbesetzungssperre auf Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses eine Ausnahme gemacht werde, dann würde diese Stelle ausgeschrieben und auch ganz klar darauf geachtet werden, dass Schwerbehinderte, die die Anforderungen an diesen Arbeitsplatz erfüllen, ungeachtet ihrer Behinderung dann auch berücksichtigt werden. Insofern verstehe man dies als Appell, dem Anliegen Rechnung zu tragen.

### **Der Ausschuss beschließt:**

Die Mitteilung der Verwaltung über die Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten bei der Stadt Monheim am Rhein wird zur Kenntnis genommen.  
Die offenen Fragen werden schriftlich beantwortet.

### **Bürgerfragestunde**

Die Sitzung wird um 19.07 Uhr für die Bürgerfragestunde unterbrochen. Es werden keine Fragen gestellt.

## **Ö 10. Mündliche Anfragen**

### **Ö 10.1 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); „Geschäftsschließungen“**

Ratsherr Nieswand bemerkt, dass sich in letzter Zeit Artikel über Geschäftsschließungen in der Presse mehren würden. Er fragt den Bürgermeister, ob er heute mehr zu den Artikeln „Schließung Extra-Markt am Ernst-Reuter-Platz“ und „Schließung Kaiser’s“ in Baumberg sagen könne.

Der Bürgermeister erwidert, es gebe eine Geschäftspolitik im Einzelhandel, die besage, wir gehen raus aus der Stadt und suchen auf der grünen Wiese neue Geschäftsfelder. Diese Entwicklung sei ernst. Gegenüber der Presse habe er auch erklärt, dass man z.Zt. nur in der Lage sei, Gespräche und Verhandlungen zu führen. Nur das Instrumentarium, intensiv dort reagieren zu können, sei nicht vorhanden. Das müsse erst aufgebaut werden. Für ihn hieße das, den Prozess des Stadtmarketing schnellstmöglich in Gang zu setzen. Die jetzige Lage sei nicht sonderlich begeisterungswürdig.

### **Ö 10.2 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD); „Einzelhandelskonzept“**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt nach dem Stand des Einzelhandelskonzeptes, das vor ca. 2 Jahren beschlossen worden sei und mit dem Kreis erstellt werden sollte.

Der Bürgermeister erwidert, dass der Entwurf des Einzelhandelskonzeptes fertig erstellt sei. Man werde jetzt in eine intensive Diskussion einsteigen. Die Verwaltung fügt hinzu, dass das in Verbindung mit dem Kreis vom Gutachter erarbeitete Konzept z.Zt. gedruckt werde und wahrscheinlich in der nächsten Fachausschusssitzung vorgelegt werden könne.

### **Ö 10.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn König (CDU); Kapelle Voigtshof**

Ratsherr König bemerkt, dass einer der Miteigentümer nach langer Zeit seine Zustimmung zur Veräußerung erteilt habe. Jetzt gehe jedoch das Gerücht um, dass diese Person ihre Zusage wieder zurückgezogen habe. Er fragt, ob das zutreffe.

Die Verwaltung entgegnet, diese Frage im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

### **Ö 10.4 Mündliche Anfragen der Ratsherren König und Dr. Müller (CDU); „Anfragen von Zwangsarbeitern“**

Ratsherr König fragt an, ob es Anfragen von Zwangsarbeitern gegeben habe, z.B. ob noch Akten von ihnen im Archiv existieren, wie das in anderen Städten der Fall sei.

Die Verwaltung entgegnet, dass es etwa 10 Anfragen innerhalb der letzten 2 Jahre gegeben habe. In den meisten Fällen konnte den betreffenden Personen eine Bestätigung anhand der archivierten Meldedatei gegeben werden. In den übrigen Fällen wurde die Glaubwürdigkeit der Angaben geprüft.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion fragt, ob sich eine Dokumentation darüber erstellen ließe. Die Verwaltung entgegnet, dass dies bei einer entsprechenden personellen Besetzung des

Archivs möglich wäre. Das Material sei vorhanden, nur könne das vom Leiter des Archivs aufgrund anderweitiger Einbindungen nicht nebenbei gemacht werden. Der Bürgermeister erklärt, dass die Anregung aufgenommen sei. Vielleicht würde man jemand anderen finden, der eine derartige Dokumentation erstellt.

#### **Ö 10.5 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Pruin (Grüne); „Tempo 30-Zone Heerweg“**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass auf dem Heerweg auf dem Stück zwischen der Königsberger Straße und auf dem Stück am Berliner Ring keine Tempo 30-Regelung vorgesehen ist. Ansonsten gebe es auf dem gesamten Heerweg die Tempo 30-Beschränkung. Er fragt, ob die Verwaltung, ohne das Verkehrsentwicklungskonzept abzuwarten, dieses Stück kurzfristig umwandeln könne in eine Tempo 30-Zone. Der dort verkehrende Bus fahre nur 1 oder 2mal am Tag. Das könne doch nicht der Grund für die Ausnahme sein. Die Verwaltung sagt eine kurzfristige Prüfung zu. Allerdings sei der Bus damals tatsächlich der Grund für die Ausnahme gewesen.

#### **Ö 10.6 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Enseroth (MBM/F.D.P/F.D.P.); „Eingangstüren Rathaus-Center“**

Ratsfrau Enseroth fragt an, ob es möglich wäre, die Eingangstüren in das Rathaus-Center an der Eisdielen- und die seitlichen Eingangstüren an der großen Drehtür als selbstöffnende Türen umzubauen. Für Behinderte in Rollstühlen sei es nicht möglich, ohne fremde Hilfe die Türen zu öffnen und durchzurollen. Diese Anregung könnte ggfls. mit dem Eigentümer erörtert werden. Der Bürgermeister sagt eine kurzfristige Prüfung zu.

### **Ö 11. Mündliche Mitteilungen**

#### **Ö 11.1 Umzüge Betriebshof und Jugendwerkstatt**

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Betriebshof inzwischen in das Gebäude an der Siemensstraße umgezogen ist. Damit bestehe jetzt die Möglichkeit, dass die Jugendwerkstatt wie geplant ihrerseits umzieht. Die Einrichtung an der Siemensstraße habe man nochmal geprüft und ein paar Änderungen vorgenommen. Er rege daher an, dass diese strategischen Überlegungen für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nochmals detailliert in einer Vorlage zusammengefasst werden.

#### **Ö 11.2 Haushaltsjahresabschluss 1999**

Der Kämmerer teilt mit, der Haushalt 1999 werde voraussichtlich mit einem Überschuss von 28 Millionen DM abschließen. Die Personalkosten würden mit 110.000,-- DM unterschritten gegenüber dem Ansatz 1999. Zum Vermögenshaushalt sei zu erwähnen, dass alle Investitionsmaßnahmen ohne Kreditaufnahme finanziert sind, das heiße, dass man die veranschlagte Kreditaufnahme von 2,2 Mio.DM nicht realisieren werde. Das würde bedeuten, dass der Schuldenstand der Stadt zum 31.12. unter 92 Mio.DM bleiben werde. Die Rücklage habe jetzt einen Bestand von 35 Mio.DM.